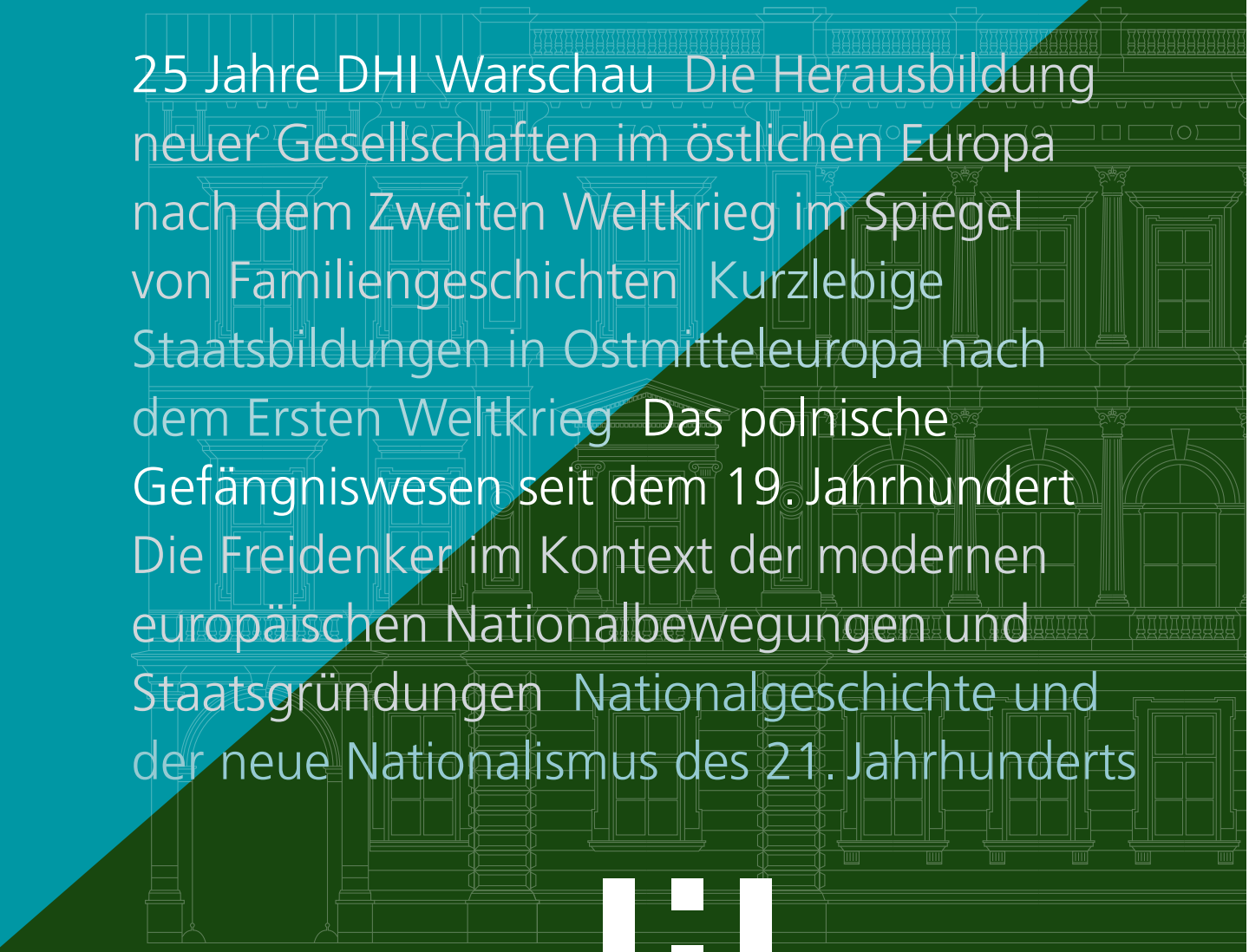
25 Jahre / lat
DHI Warschau
NIH w Warszawie

Newsletter 2018/2



25 Jahre DHI Warschau Die Herausbildung neuer Gesellschaften im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg im Spiegel von Familiengeschichten Kurzlebige Staatsbildungen in Ostmitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg Das polnische Gefängniswesen seit dem 19. Jahrhundert Die Freidenker im Kontext der modernen europäischen Nationalbewegungen und Staatsgründungen Nationalgeschichte und der neue Nationalismus des 21. Jahrhunderts

Deutsches Historisches Institut Warschau
Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie

„Gekommen, um zu bleiben“

Festakt zum 25-jährigen Jubiläum des DHI Warschau

Im Mai 2018 feierte das Deutsche Historische Institut Warschau sein 25-jähriges Bestehen. Zum offiziellen Festakt am 16. Mai versammelte sich in den Räumen des Instituts eine große Gästeschar. Als Repräsentanten der Max Weber Stiftung, unter deren Dach das Institut arbeitet, waren deren Präsident Hans van Ess sowie der Geschäftsführer Harald Rosenbach angereist. Auch Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), aus dessen Mitteln das Institut finanziell getragen wird, waren unter den geladenen Gästen, ebenso wie zahlreiche dem DHI Warschau verbundene Historiker/innen und weitere Partner und Freunde des Instituts.

25 Jahre / lat DHI Warschau NIH w Warszawie

Die Gründung des DHI Warschau geht auf einen Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem damaligen polnischen Ministerpräsidenten Jan Krzysztof Bielecki vom November 1991 zurück. Beide Seiten betonten darin, dass es ihren Interessen und Wünschen entspreche, in naher Zukunft Forschungseinrichtungen in Deutschland und Polen zu errichten, die sich mit der Erforschung der Geschichte des jeweiligen Nachbarlandes und deren europäischen Bezügen befassen. Neben den bereits bestehenden Deutschen Historischen Instituten in Rom, Paris, London und Washington sollte nun die erste derartige Einrichtung auf dem Gebiet des ehemaligen Ostblocks entstehen.

Im Mai 1993 nahm ein fünfköpfiges Team unter Gründungsdirektor Rex Rexheuser die Arbeit im 17. Stock des Warschauer Palastes für Kultur und Wissenschaft auf, im Juli des darauffolgenden Jahres organisierte das Institut seine erste öffentliche Veranstaltung. Seinen aktuellen Sitz, das repräsentative Palais Karnicki an der Ujazdowski-Allee im Zentrum Warschaus, bezog das DHI im Jahr 2002.

Foto S. 2: Die Mitarbeiter/innen des DHI Warschau vor ihrem Institut, Mai 2018

Fotos S. 3: (oben): Piotr Szlanta (l.) und Wojciech Kriegseisen
(Mitte): Frank-Lothar Kroll (l.) und Horst Möller
(unten, v. l. n. r.): Miloš Řezník, Harald Rosenberg und Ruth Leiserowitz

Den Höhepunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten bildete ein Festvortrag von Christoph Bartmann, dem Direktor des Goethe-Instituts Warschau (der gekürzte Vortragstext findet sich auf S. 5–7). Ausgehend von der Tatsache der „gemeinsamen Vor- und Frühgeschichte“ seines eigenen Instituts und des DHI Warschau, machte sich der Germanist Bartmann – im Nebenfach Historiker – dem Untertitel seines Vortrags gemäß „einige Gedanken zu Gründung und Bestand von Instituten“, speziell von kulturellen und wissenschaftlichen Auslandsinstituten wie den Goethe-Instituten oder den Deutschen Geisteswissenschaftlichen Instituten im Ausland, zu denen das DHI Warschau zählt. In seiner Betrachtung des „richtige[n] Verhältnis[ses] von Stabilität und Dynamik“ in solchen Auslandsinstituten streifte Bartmann, nicht ohne Ironie, Aspekte wie die Frage nach „Projekt“ vs. „Präsenz“, sprach vom Glück der Deutschen Historischen Institute, „von Schließungsszenarien, Kürzungsdebatten und Effizienzdiskursen eher verschont geblieben“ zu sein, der „produktive[n] Unruhe, mit der Institute wie unsere heutzutage gerne und oft ‚auf den Prüfstand‘ gerufen werden“, aber auch dem „eigenen Wunsch, sich […] ab und zu neu erfinden“.

Der Direktor des DHI Warschau Miloš Řezník betonte in seinem vorangehenden Grußwort, bei aller Freude darüber, mit zahlreichen Partnern sinnvolle Forschungen und Veranstaltungen zustande zu bringen, stelle sich das Institut immer wieder die Frage nach dem Sinn der eigenen Tätigkeit: „Nicht, weil wir über diesen Sinn grundsätzliche Zweifel hätten, sondern weil sich diese Frage mit der überstürzten Entwicklung der instabilen Welt stets von Neuem und in immer neuen Kontexten stellt.“ Řezník hob hervor, die aktuellen Entwicklungen im geschichtspolitischen, geschichtsdiskursiven und wissenschaftspolitischen Kontext zeigten, „wie naiv es wäre zu denken, dass die Relevanz der europäischen Institute der Max Weber Stiftung auch nur im Geringsten nachgelassen hätte“. In der heutigen Zeit sei

Hans van Ess, Nikolaus Katzer, Andreas Gestrich, Birgit Schäbler, Sandra Dahlke, Raoul Motika, Miloš Řezník, Martin Baumeister, Simone Lässig, Thomas Kirchner, Thomas Maissen (v. l.)

auch die Geschichtswissenschaft gefragt, auf eine Entwicklung zu reagieren, in der „die Freiheit zur Wahrheitsaushandlung ohne Bindung an wissenschaftliche oder faktische Evidenz zu beliebigen Zielen gebraucht“ werde. Eine noch größere Herausforderung für die Geisteswissenschaften sei jedoch ihre neoliberal-politische Indienstnahme, ihre Unterwerfung unter die „ökonomischen, der Wissenschaft völlig systemfremden Kategorien des Wachstums, der Effizienz, der Nützlichkeit,

«Die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Geschichts- und Wissenschaftspolitik zeigen, dass die Relevanz der europäischen Institute der Max Weber Stiftung nicht im Geringsten nachgelassen hat»

– Miloš Řezník

der Selbsthilfe, der Konkurrenzfähigkeit und der Parametrisierung“.

Der Gesandte der Deutschen Botschaft Warschau Manfred Huterer wiederum betonte in seinen begrüßenden Worten, der historische Dialog, wie er vom Deutschen Historischen Institut bei vielen Gelegenheiten initiiert werde, sei unverzichtbar, „um zur Verständigung beizutragen, um Lehren zu ziehen, um unsere gemeinsame Zukunft in einem geeinten Europa zu gestalten“. Insbesondere hob er das Engagement des DHI Warschau in der Holocaust-Forschung hervor. Strategisch werde es als nächstes auch darum gehen, die Rolle des DHI in den *Digital Humanities* und in der modernen Wissenschaftskommunikation auszubauen.

Verlesen wurde zudem ein Grußwort des Vorsitzenden des Polnischen Historikerverbandes (Polskie Towarzystwo Historyczne) Krzysztof Mikulski, der nicht anwesend sein konnte.

Für den zweiten, geselligen Teil der Veranstaltung begab sich die Festgemeinde in das Restaurant „Villa Foksal“, um im Rahmen eines Buffetempfangs, musikalisch untermalt durch das „Jean-Pierre Froehly Diplomatic Trio“, bis in die Abendstunden hinein im angeregten Gespräch mit alten und neuen Freunden und Bekannten zu feiern.

Teil des Jubiläumsprogramms sind auch die „Dienstagsvorträge“ des DHI Warschau im ersten Halbjahr 2018, zu denen eine Reihe ehemaliger und amtierender Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats eingeladen wurde (siehe hierzu auch S. 16–17). ■

25 Jahre / lat
DHI Warschau
NIH w Warszawie

Festrede zum 25-jährigen Jubiläum des DHI Warschau

Christoph Bartmann, Leiter des Goethe-Instituts Warschau

Gekommen, um zu bleiben. Einige Gedanken zu Gründung und Bestand von Instituten

Vortragssaal des DHI Warschau, 16. Mai 2018

[…] Das DHI Warschau und das Goethe-Institut Warschau verbindet eine gemeinsame Ur- und Frühgeschichte und manches mehr. Auf diese Verbindung will ich heute auch zu sprechen kommen, in der Hauptsache geht es aber etwas allgemeiner um Institute, und zwar um kulturelle oder wissenschaftliche Auslandsinstitute, um ihre Gründung und ihre (hoffentlich) lange Dauer. Mein Titel „Gekommen, um zu bleiben“ bedient sich bei einem deutschen Popsong – als Historiker wissen Sie das natürlich –, nämlich bei einem Titel der Gruppe „Wir sind Helden“. Heute sind Sie, das DHI, seine Leitung und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Helden. Ihr Institut ist vor 25 Jahren gekommen, um bis heute – und ich schätze noch für eine ganze Weile – zu bleiben. Ich möchte Ihnen dazu herzlich gratulieren und dem Institut noch ein langes, glückliches und produktives Leben wünschen.

Mein Vortrag hat, wie Sie ahnen, zwei Teile: Kommen und Bleiben, Gründung und Bestand. Das Deutsche Historische Institut Warschau ist, wie das Warschauer Goethe-Institut, eine Frucht der stürmischen, manchmal chaotischen, aber optimistischen frühneunziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Das DHI Warschau ist nach den früheren Gründungen in Rom, Paris, London und Washington das fünfte seiner Art und das erste im ehemals kommunistisch beherrschten Europa gewesen, eine Neugründung also nach einem bereits erprobten Modell, eine Erweiterung der Institutsfamilie. Gleiches gilt für das Goethe-Institut Warschau: Es ist ebenfalls eine Neugründung nach bewährtem Modell, daneben aber auch Nachfolger, nämlich des 1990 untergegangenen Kultur- und Informationszentrums der DDR. [...] Die Gründung des Deutschen Historischen Instituts Warschau wäre, wie unsere, ein paar Jahre früher noch gänzlich undenkbar erschienen. Dann aber standen die Sterne auf einmal günstig. Ich zitiere Rex Rexheuser, den ersten und langjährigen Direktor des DHI Warschau, der diese Vorgeschichte so geschildert hat: „Im November 1991 verständigten sich Bundeskanzler Helmut Kohl und der damalige polnische Premier Jan Krzysztof Bielecki in einem Briefwechsel darüber, dass es den Interessen und Wünschen beider Seiten entspreche, wenn in naher Zukunft die Bundesrepublik Deutschland in Polen ein Deutsches Historisches Institut (DHI) errichte.“ Bielecki war Ökonom und Kohl war Historiker: eine segensreiche Allianz für die Gründung des DHI. [...]

Auslandsinstitute stehen im Zeichen der Gegenseitigkeit. Ihre Einrichtung kann nie die Sache nur der einen Seite sein. Für das DHI gilt das in besonderem Maße, weil es sein Arbeitsprogramm im Dialog zwischen Wissenschaftlern beider Seiten definiert. Deswegen war schon in der Gründungskommission das Prinzip der Beidseitigkeit verwirklicht. Horst Möller, ihr damaliger Vorsitzender und dem DHI Warschau seitdem vielfältig verbunden, hat es wie folgt formuliert: „Die enge Verflechtung zwischen deutscher und polnischer Geschichte macht die Verflechtung polnischer und deutscher Perspektiven im Institutsprofil zwingend erforderlich.“ Das Deutsche Historische Institut Warschau heißt zwar nicht Deutsch-Polnisches Historisches Institut, aber es ist ohne diese Bilateralität (und zunehmend Multilateralität) nicht vorstellbar. Mit polnischen Mitgliedern in der Gründungskommission und im Wissenschaftlichen Beirat, mit polnischen und internationalen Stipendiaten und Mitarbeitern hat das DHI schon früh etwas realisiert, das immer noch beispielhaft ist. Dass man vor 25 Jahren dieses Institut im Geist einer *geteilten* historischen Erfahrung und eines *geteilten* Forschungsinteresses gegründet hat – bei allem, was deutsche und polnische Perspektiven zwingend und schmerzhaft trennt –, ist für sich schon ein großherziger Akt, vor allem von polnischer Seite. Damals konnte man glauben, dass die Zeit des historiographischen Nationalismus zu Ende geht. Ganz so ist es nicht gekommen, aber das DHI hat diesen Geist der Gründer zum Glück nie aufgegeben.

Wir befinden uns mit unseren Auslandsinstituten in sogenannten „Gastländern“. Das Wort Gast legt nahe, wir würden, wie alle guten Gäste, nach einer Weile die Freundschaft

unserer Gastgeber nicht länger strapazieren. Tatsächlich haben wir aber, wie sonst nur schlechte Gäste, die Absicht zu bleiben. Schließlich sind wir ja eingeladen vom Gastland, so wie seinerseits das Zentrum für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin oder die drei Polnischen Institute in Deutschland eingeladen sind. Wir werden vom Gastland *nicht* etwa nur nicht behindert oder nur geduldet, sondern wir sind hier, weil die Staaten und Regierungen ein geteiltes und gegenseitiges Interesse an unserem Dasein haben. So verstehe ich jedenfalls den Text des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über kulturelle Zusammenarbeit aus dem Jahre 1997. Vom DHI ist in ihm nur deshalb nicht die Rede, weil damals das polnische Schwesterinstitut in Berlin noch nicht gegründet war. Beide Seiten äußern in diesem Abkommen wiederholt das „Bestreben", den „Wunsch" und die „Überzeugung", die bilateralen kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen auszubauen. Sie versprechen, sich „nachdrücklich" zu bemühen, etwa, wenn es um die Erleichterung von Vorhaben der jeweils anderen Seite geht. Man könnte dieses Abkommen für ein typisches Produkt der optimistischen neunziger Jahre halten, in denen alles möglich schien. Das ist es vielleicht auch, aber das Abkommen gilt unabhängig von der jeweiligen politischen Wetterlage, und es verlängert sich automatisch um fünf Jahre, sofern es nicht von einer Vertragspartei gekündigt wird, was selten vorkommt. Es müssten sich die bilateralen Beziehungen auf eine noch nicht dagewesene Weise eintrüben, ehe ein Kulturabkommen in Frage gestellt würde. Das wird kaum passieren zwischen Polen und Deutschland, aber Vergleichbares ist zum Beispiel eben erst passiert in Russland, wo im April dieses Jahres der British Council bis auf Weiteres geschlossen wurde. Es kann also doch der politische Ernstfall zwischen zwei Ländern eintreten, der alles in Frage stellt, was man bislang für unantastbar gehalten hat. Man muss den Ernstfall nicht herbeireden, aber ein wenig Ernstfall-Bewusstsein tut auch intakten Beziehungen gut.

Wir verstehen uns nicht als Gründungen auf Zeit, sondern auf Dauer. Es gibt nicht etwa ein „Temporäres Deutsches Historisches Institut Warschau", und das liegt zum Teil schon an der Etymologie des Wortes „Institut". Wir sprechen ja beispielsweise auch vom „Institut der Ehe" und nicht vom „Projekt der Ehe". [...] Institute wie unsere sind natürlich auch Institutionen, aber sie sind keine Ämter oder Behörden, nicht Teil einer Verwaltung mit definierten Daueraufgaben, sondern eingerichtet für wechselnde Unternehmungen, ob historische Forschung oder Kulturaustausch. Das Nicht-Temporäre unseres Instituts-Daseins wird unterstützt von Häusern, *eigenen* Häusern, in Ihrem Falle von diesem prächtigen Haus an den Aleje Ujazdowskie, in das Sie 2002 übersiedelt sind. [...] Zu Ihrem Glück sind Sie außerdem, wie die anderen Deutschen Historischen Institute auch, von Schließungsszenarien, Kürzungsdebatten und Effizienzdiskursen eher verschont geblieben. Als Teil der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland und finanziell getragen aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, dürfen Sie mit dem Wohlwollen Ihrer Oberen rechnen (sofern es in der Wissenschaftspolitik überhaupt Obere gibt). Sie haben nicht mal ein Mutterhaus wie wir, Sie können also in Ruhe tun, was Historikerinnen und Historiker tun sollen: forschen, schreiben, tagen, vortragen, diskutieren und so weiter.

Heute steht allerdings die Unruhe gesellschaftlich höher im Kurs als die Ruhe. Nicht die ungewollte Unruhe, die, ob Erdbeben, Kriege oder politische Konflikte, die notwendigerweise ruhige Arbeit eines Instituts gefährden könnte. Sondern eine sich produktiv verstehende Unruhe, mit der Institute wie unsere heutzutage gerne und oft „auf den Prüfstand" gerufen werden – weswegen wir viel Mühe darauf verwenden, alle Kennzahlen, Indikatoren und sonstigen Leistungsnachweise parat zu halten. [...] Es gab Zeiten, in denen man dem Gedanken anhing, es könne alles, was bisher in richtigen Häusern aus Stein getan wurde, künftig auch digital erledigt werden („more clicks than bricks"). In jenen Zeiten waren auch manche der Ansicht, dass erst eine Fusion zweier bislang separater Einrichtungen ein bisschen Schwung in die Häuser bringen würde. Das muss nicht immer falsch sein, aber gerade im Wissenschaftssektor findet man neben der immer erträumten „Effizienzrendite" durch Fusion auch das Gegenteil: den fusionsbedingten Effizienzschwund. Ihr Selbstbewusstsein kommt auch daher, dass Sie solche Diskussionen nicht allzu sehr angehen müssen, dass Sie sind, was Sie sind, und dass Sie sich nicht unbedingt ständig neu erfinden müssen.

Andererseits: Institute wie unsere möchten sich ja gerne ab und zu neu erfinden, vielleicht auch mal wieder etwas neu gründen, neue Programmlinien entwickeln, neue Veranstaltungsformen und anderes mehr. Ohne die Lust am Wandel wird es auch mit dem Bleiben nichts. Wer sich das Programm, das Leitziel und den gesamten Auftritt des DHI Warschau von heute anschaut und ihn damit vergleicht, was das DHI in seinen Anfangsjahren war und tat, erkennt unschwer die Entwicklung, die das Institut durchlaufen hat und immer wieder durchläuft. Alles hat sich verändert: das Fach, die Welt und mit ihr das Institut. Das Bleiben ist so gesehen eine ebenso dynamische Handlung wie seinerzeit das Gründen.

Das DHI Warschau hat also allem Anschein nach eine hohe Lebenserwartung. Es müsste schon den Nachweis anhaltender Erfolglosigkeit erbringen, aber das wird wahrscheinlich nicht gelingen. Ab und zu werden Sie vom Wissenschaftsrat evaluiert und machen dabei eine gute Figur. Wer in Instituten wie unseren arbeitet, entwickelt mit den Jahren Erfahrung mit Evaluationen und Evaluatoren. Wir haben uns daran gewöhnt, mit diesen Ritualen der Selbstrechtfertigung umzugehen. Wir wissen, dass unsere Vorhaben ehrgeizig sein müssen, wir dürfen andererseits aber nicht zu viel von einer Zukunft verbrauchen, in der es uns ja auch noch, und mit neuen Zielen, geben soll. Wir dürfen unsere Ziele nicht zu schnell und zu dauerhaft erreichen. Sonst würde man Gefahr laufen, wegen finaler Zielerreichung sein Existenzrecht zu verwirken. Auslandsinstitute haben es in dieser Hinsicht viel leichter als etwa irgendein Universitätsinstitut im Inland: Ihre Schließung wäre sofort ein Politikum und eine Sache der Öffentlichkeit in beiden Ländern. Wie geräuschlos lässt sich dagegen irgendwo an einer Universität ein sogenanntes „kleines Fach" (meistens ist es ein geisteswissenschaftliches) beerdigen. Und wieviel Getöse verursachte im Vergleich früher, als das häufiger vorkam, die Schließung eines einzelnen kleinen Goethe-Instituts. [...]

Christoph Bartmann

Ein Dauerbrenner in ihren und unseren Debatten ist die Frage nach „Projekt" versus „Präsenz". Präsenz ist bekanntlich teuer, sie bindet Geld in Häusern, festem Personal und Strukturen; wie wäre es da, man käme irgendwohin, um eines Tages auch wieder zu gehen, vielleicht dorthin, wo morgen die Musik spielen soll, vielleicht nach China oder Indien? Man will ja als agiles Institut den Anschluss nicht verpassen. Wie wäre es also mit dem mobilen DHI, das nach erreichtem Institutsziel die Zelte ab- und zu neuen Ufern aufbricht? […] Die Idee eines Instituts als Projekt auf Zeit findet bei uns und Ihnen wenig Freunde, und ich kann verstehen, warum. Die Aufgabe eines DHI oder die eines Goethe-Instituts an einem bestimmten Ort ist in der Tat niemals zu Ende. Was man tun soll – und das DHI Warschau ist erfinderisch und erfolgreich darin –, ist, den Präsenz- mit dem Projektgedanken zu verknüpfen. Etwa mit der Gründung von Außenstellen, wie jüngst in Vilnius oder in Prag, von „leichten Präsenzen", wie das die Fachleute nennen, aber natürlich zusätzlichen. Institute drängen, wie man weiß, zur Expansion, sie wollen gerne wachsen und Neuland betreten, aber sie würden das ungerne um den Preis des eigenen, des Stammhauses tun. Bei allem, was an Mobilität und Migration gut sein kann: Institute haben das Gegründete und Stabile in ihrer DNA.

Ich fragte mich, während ich über das heutige Thema nachdachte: Können die polnischen Gäste dieser Festveranstaltung damit etwas anfangen? Kommen ihnen solche Überlegungen vertraut vor? Oder funktioniert das bei Ihnen alles ganz anders? Wir Auslandsinstitute führen ja in unseren Gastländern eine seltsame Doppelexistenz. Wir sind zwar physisch hier, wir finden unsere Partner, unsere Themen, unser Publikum, unsere Kunden eher hier, aber politisch sind wir *dort*, im eigenen Land, von wo das Geld und die Aufsicht kommt. Auch institutions-kulturell sind wir *dort*, wir funktionieren nach deutschen Regeln und Vorschriften. Und auch als Personen sind wir ja nur befristete Gäste, Sie, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am DHI immerhin mit einem ihr Gastland betreffenden Forschungsschwerpunkt, wir hingegen, ob wir wollen oder nicht, „Generalisten", die sich in jedem Land aufs Neue zurechtfinden sollen. Unsere Institute haben ein langes Leben, wir, das entsandte Personal, dagegen ein eher kurzes. Wir werden auch nicht das Gedächtnis des Hauses sein, so wie es jemand werden kann, der Jahrzehnte in ihm verbracht hat. Nun wird das DHI 25 Jahre alt, und sicher gibt es Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der ersten Stunde, die uns Befristeten etwas voraushaben und die aus einem ganz anderen Fundus von Wissen und Erfahrung schöpfen können, als wir es je können werden. So gesehen schlägt das Herz unserer Institute tatsächlich hier und nicht dort.

Das DHI Warschau hat sein erstes Vierteljahrhundert glücklich und erfolgreich hinter sich gebracht. Ich gratuliere Ihnen, lieber Herr Řezník und liebe Frau Leiserowitz, liebe Angehörige des Instituts, dazu noch einmal ganz herzlich. Ich gratuliere darüber hinaus allen, die das DHI auf den Weg gebracht haben und die es auf Kurs halten helfen und die es bis jetzt vor schweren Wettern bewahrt haben. Eine besondere Gratulation gilt denen, die damals die Gründung dieses Instituts möglich gemacht haben. Das DHI Warschau ist seit 25 Jahren und für die Zukunft mit seiner Präsenz, seinem Haus, seinen Wissenschaftlern, seinen Veranstaltungen, Programmen und Projekten ein unentbehrlicher Akteur in den polnisch-deutschen Beziehungen. Danke noch mal, dass ich als Vertreter eines befreundeten Instituts heute das Wort ergreifen durfte. Alles Gute für Ihre weitere Arbeit – und *many happy returns!* ■

Der Vortragstext wurde für diesen Newsletter leicht redigiert und gekürzt.

Tagungen / Workshops

„Eastern European Regions 1945–1960: The Formation of a New Society and Its Reflections in Family Stories“

Im Fokus des so betitelten Workshops am DHI Warschau standen Forschungsprojekte zu osteuropäischen Regionen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs einen (Groß-)Teil ihrer indigenen Bevölkerung verloren und in denen sich in der Nachkriegszeit neue Gesellschaften herausbildeten.

Die Veranstaltung knüpfte an eine Workshopserie in den Jahren 2014 und 2015 an, im Rahmen derer Untersuchungen und Überlegungen zu ostmitteleuropäischen Familien und ihren Veränderungen in der Zeit nach 1945 vorgestellt und diskutiert worden waren. Die Reihe wurde nach einer Konzeption von Ruth Leiserowitz mit verschiedenen Partnern veranstaltet. Daraus entwickelten sich Fragestellungen, die in ein Projekt zur Erforschung der Nachkriegsgeschichte des Memellandes und deren Widerspiegelung in Familiengeschichten mündeten. Das Projekt ist an der Universität Klaipėda verankert und wird vom Litauischen Wissenschaftsrat gefördert. Die Projektgruppe, die seit September 2016 am Institut für Archäologie und Geschichte der Ostseeregion sowie dem Institut für die Erforschung von sozialem Wandel der Universität Klaipėda aktiv ist, strebte an, ihre Fragen und Zwischenergebnisse in einem breiteren Kontext zu diskutieren.

So kam es in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Institut Warschau zu einem zweitägigen Treffen am 22./23. März 2018, bei dem Forscherinnen und Forscher die Sowjetisierung der Region vor allem in Bezug auf Grenzregionen und Migrationsprozesse nachzeichneten. Dabei ging es vorrangig um Fragen der Art und Weise der Neubesiedlung sowie der Entstehung von Kontakten und Beziehungen zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen. In ihrer inhaltlichen Einführung wies Ruth Leiserowitz unter den Stichworten „Europa – Familien – Frauen“ auf drei in der Forschung häufig vernachlässigte Tatsachen hin. Zum Ersten unterstrich sie, dass Europa 1945 zwar bereits politisch geteilt war, die Grenzen zwischen den geografischen Räumen jedoch noch recht durchlässig waren. Sowohl in Ost-West-Richtung als auch umgekehrt waren damals zahlreiche Migrationsbewegungen zu beobachten. Darüber hinaus fanden erhebliche Binnenmigrationen in neue bzw. neuerworbene Gebiete wie auch vom Land in die Städte statt. Gerade diese Wanderungen, die bisher überwiegend im nationalen Kontext beschrieben wurden, werden nun zunehmend auch regionsübergreifend analysiert.

Zum Zweiten wies die stellvertretende Direktorin des DHI Warschau auf das Phänomen hin, dass infolge der Fragmentierung und Dezimierung großer Familienverbände im Zuge des Kriegs- und Nachkriegsgeschehens, nicht zuletzt durch die Sowjetisierung, der Einfluss der Familie innerhalb der Gesellschaft abnahm. Dies zeitigte weitreichende, vielfach noch zu untersuchende Folgen. Zum Dritten gelte es zu beachten, dass in der Nachkriegszeit aufgrund des Männermangels eine überproportional große Arbeitslast auf den Schultern von Frauen lag, diese jedoch bis auf wenige Ausnahmen nicht als politische Subjekte wahrgenommen wurden. Dieses Missverhältnis sei ebenfalls noch nicht länderübergreifend untersucht worden.

Die Teilnehmer/innen aus Deutschland, Litauen, Polen, Russland, Schweden und Ungarn präsentierten ein breites Spektrum von Fallstudien, in denen sie schilderten, welche neuen nationalen und ethnischen Gruppen in die Regionen zogen, was ihre Beweggründe waren und welche Beziehungen sie zu den Einheimischen entwickelten. Im Mittelpunkt standen zum einen neue Untersuchungen zum Memelland (Sigita Kraniauskienė, Silva Pocytė, Irena Šutinienė, alle Klaipėda) und zum anderen das ungarisch-österreichische Grenzgebiet (Daria Voyloshnikova, Fribourg und Melinda Harlov-Csortán, Budapest). Ein weiterer Schwerpunkt lag auf den Geschehnissen und Entwicklungen der Nachkriegszeit aus der Perspektive von Kindern (Beata Halicka, Poznań, Lisa Haberkern, Katowice und Jakub Gałęziowski, Augsburg/Warschau; die beiden letzteren gehören zu der Forschungsgruppe Children Born of War – CHIBOW). Ins Blickfeld rückten zudem Erfahrungen und Erinnerungen spezieller Gruppen wie etwa von Juden (Julia Oisboit, Kaliningrad und Ruth Leiserowitz, Warschau) und Wolgadeutschen (Dar'ja Svirina, St. Petersburg). Erweitert wurde diese große Bandbreite der Präsentationen noch durch einen Einblick in die architektonischen Entwicklungen im Vyborg der Nachkriegszeit. Eine interessante Außenperspektive bot Anders Jarlert (Lund), der über schwedische Hilfsaktionen für Masuren in den ersten Nachkriegsjahren berichtete.

Foto S. 8:
Ruth Leiserowitz, Lisa Haberkern, Jakub Gałęziowski, Gintarė Malinauskaitė, Melinda Harlov-Csortán (v. l.)

In den Präsentationen und Diskussionen wurde neben anderem deutlich, welch wichtige Rolle in der Nachkriegszeit Sprachregelungen und Sprachdiktate als Instrument der Sowjetisierung spielten. Insgesamt erwies es sich als sehr produktiv, Studien mit lokalem Fokus in eine regional vergleichende Perspektive einzubetten und so zu veranschaulichen, dass viele der beschriebenen gesellschaftlichen und familiären Veränderungen als gemeinsame ostmitteleuropäische Phänomene der Nachkriegszeit betrachtet werden können. ■

Workshop über kurzlebige Staatsbildungen in Ostmitteleuropa

Felix Ackermann, Andrei Charniakevich, Matthias Kaltenbrunner, Aliaksei Liastouski, Andreea Petruescu, Łukasz Adamski, Klaus Richter, Per Rudling, Nutsa Batiashvili, Gennadii Korolyov, Viktar Korbut, Diana Siebert, Lennart Jürgensen (v. l.)

Unter dem Titel „Temporality and Statehood. A workshop on the historical politics of emerging states in Central and Eastern Europe“ fand vom 19. bis 21. März am DHI Warschau eine Veranstaltung statt, zu der Felix Ackermann (DHI Warsaw), Daria Isachenko (Frankfurt/Oder), Klaus Richter (Birmingham) und Stephan Stach (Prag) Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa eingeladen hatten. Gemeinsam diskutierten sie die Frage, wie die zeitliche Dimension von Staatlichkeit im Laufe der Geschichte bewertet wurde und wie wir heute diese Wahrnehmungen analysieren können.

Im Zentrum der Diskussion standen die am Ende des Ersten Weltkriegs kurzfristig bestehenden Weißruthenischen und Ukrainischen Volksrepubliken. Neben der Kontextualisierung ihrer Ausrufung als Folge der russischen Revolutionen und des Friedens von Brest-Litovsk bezogen die Workshopbeiträge auch zeitgenössische Zukunftsvorstellungen und -erwartungen ein. So war die Duldung möglichst vieler Staatsgründungen im Gebiet zwischen dem im Zerfall befindlichen Russischen Reich und dem Deutschen Kaiserreich nicht nur eine strategische geopolitische Maßnahme von deutscher Seite. Sie sollte auch der abzusehenden Neugründung einer Polnischen Republik zuvorkommen, um im damit verbundenen Streit über die neuen Grenzen Polens Fakten zu schaffen.

Neben den internen und externen Faktoren, die darüber entscheiden, ob ein neu gegründeter Staat „überlebt“ oder nicht, stand im Mittelpunkt des Workshops vor allem die Frage, wie nach dem Ersten Weltkrieg die Überlebensfähigkeit von Staaten publizistisch und wissenschaftlich beurteilt wurde. Der politische Kampfbegriff der „Saisonstaaten“ wurde damals zum Bestandteil staatlicher Propaganda, die auch dem Zweck diente, Nachbarstaaten mit dem Verweis auf nicht zu bewältigende volkswirtschaftliche Herausforderungen das Existenzrecht als selbstständige Nationalstaaten abzusprechen. ■

Theorie und Praxis des polnischen Gefängniswesens seit dem 19. Jahrhundert

Ein Workshop über die Geschichte des polnischen Gefängniswesens brachte am 26./27. März 2018 drei Dutzend mit der Thematik befasste Theoretiker und Praktiker aus Polen, Deutschland, Österreich und der Ukraine unter dem Motto „100 Jahre ohne Staat, 100 Jahre für den Staat“ am DHI Warschau zusammen. Im Rahmen der Veranstaltung, die gemeinsam mit dem Manteuffel-Institut für Geschichte und dem Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften organisiert wurde, referierten mehrere in polnischen Gefängnissen tätige Historiker sowie Lehrende der Gefängniskunde von den Universitäten Warschau, Allenstein (Olsztyn) und Łódź über ihre Erfahrungen und Forschungen.

Im Fokus des ersten Panels stand die Umnutzung von katholischen Klöstern im geteilten Polen. In einer Zeit, in der die innere Einkehr zu einem Kernbestandteil moderner Besserungskonzepte wurde, machten die neuen Herrscher in allen drei Teilungsgebieten religiöse Räume für den Strafvollzug nutzbar. Anhand von Beispielen aus Rawicz, Wronki, Schweidnitz (Świdnica), Bartenstein (Barczewo) und Lemberg (L’viv) zeigten die Panelisten, wie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die Nutzung religiöser Räume im Strafvollzug veränderte, bis sie weitgehend an Bedeutung verloren. Die Teilnehmer der zweiten Sektion diskutierten kontrovers die Dissonanz zwischen normativen Konzepten der Funktion von Arbeit im Strafvollzug und der praktischen Erfahrung von Gefangenen und Aufsehern. Ein drittes Panel rückte den Körper der Gefangenen in den Mittelpunkt. Die Vortragenden thematisierten den Umgang mit Sexualität sowie das individuelle Erleben von Gewalt und machten deutlich, dass es keine Geschichte des Gefängniswesens ohne die Geschichte einzelner Gefangener geben kann. In der letzten Sektion wurde intensiv über die doppelte Rolle der Wärter als Vertreter des Staates und als zentrale Beteiligte des Gefängnisalltags diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass diese Personengruppe häufig in doppelter Weise Gewalt ausgesetzt war und ist: zum einen vonseiten der Institution, zum anderen vonseiten der Insassen.

Der Workshop wurde umrahmt von einer Pop-Up-Ausstellung im Konferenzsaal des DHI Warschau, die durch die Teilnehmer im Vorfeld in Form von thematischen Plakaten vorbereitet worden war. ■

Secularities. Freethinkers in the Context of National Movements and the Rise of Nation States in Europe, 1789–1920s

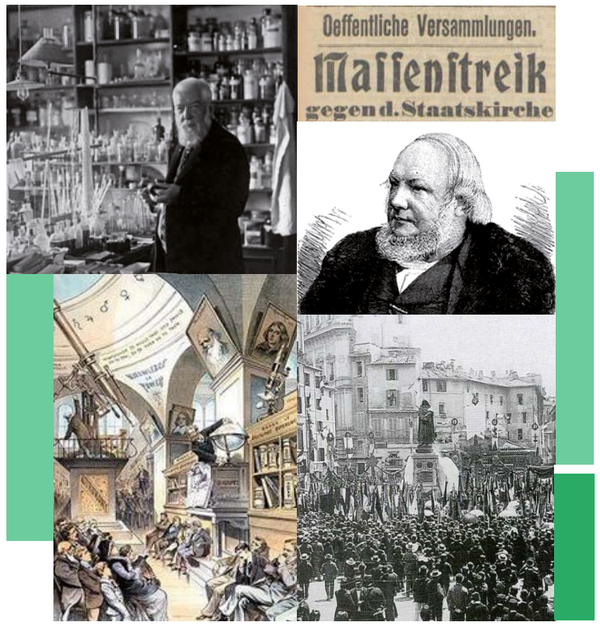


Abbildung zum Konferenzflyer © DHI Rom

Die Geschichte säkularer Bewegungen wie die der Freidenker wurde bislang vorrangig in ihren jeweiligen nationalen Kontexten untersucht, da diese zugleich den Bezugs- und Handlungsrahmen für deren Protagonisten bildeten. In einem transdisziplinär und transnational angelegten Workshop in Rom, organisiert von Carolin Kosuch (DHI Rom) in Kooperation mit Christhardt Henschel (DHI Warschau), wurde diese Rahmung aufgebrochen. Ziel der Veranstaltung vom 21.–23. März 2018 war es, das Freidenkertum im Sinne der von Monika Wohlrab-Sahr entwickelten Konzeption der *multiple secularities* auszuleuchten, also die zeitgleich wirkenden konfessionellen, sozialen und politischen Prozesse säkularen Denkens und Handelns einzubeziehen. Es ging deshalb auch darum, das Freidenkertum nicht nur ideengeschichtlich zu fassen, sondern auch im Hinblick auf konkrete politische Projekte und Vernetzungen einzuordnen, um schließlich den Beitrag dieser Denkrichtung zu den modernen europäischen Nationalbewegungen und Staatsgründungen aufzuzeigen. Zudem war es das erklärte Ziel des Workshops, die teilweise hervorragend erforschten westeuropäischen Beispiele mit Fällen aus dem östlichen Teil des Kontinents zu kontrastieren oder zu ergänzen. Dies erschien nötig nicht nur aufgrund der bestehenden Unwucht im Bereich der Erforschung säkularer Bewegungen, sondern auch wegen der Zweifelhaftigkeit der in historischen Arbeiten weiterhin kaum hinterfragten These der Deckungsgleichheit von Religions- und nationaler Zugehörigkeit.

Neben Impulsvorträgen von Detlef Pollack (Münster), Monika Wohlrab-Sahr (Leipzig) und Todd Weir (Groningen), die neben den aktuellen Forschungstendenzen vor allem methodische und begriffliche Fragen aufgriffen, enthielt das Programm Vorträge von 15 Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Israel, Italien und Polen. Sie deckten ein breites geografisches, zeitliches, thematisches und methodisches Feld ab. Es wurde klar, dass die Freidenker ein durchaus ambivalentes Verhältnis zu Staat und Nation pflegten und sich in den präsentierten Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Schweden, Tschechoslowakei, Ungarn) ebenso zu zentralen Trägern der Nationalbewegung wie zu deren Kritikern entwickeln konnten. Zugleich erwiesen sie sich als eine international höchst vernetzte Bewegung, sodass man vielfach die Überlappung nationaler und transnationaler Kontexte beobachten kann. Dabei veränderten die konkreten freidenkerischen Praktiken wie etwa Kirchenaustritt, Feuerbestattung oder Ziviltaufe die Akzeptanz säkularer Gesellschaftsentwürfe in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Maße.

Der Workshop machte deutlich, dass die Säkularisierung, verstanden entweder als historischer Prozess oder als konkretes politisches Vorhaben, die europäischen Gesellschaften unterschiedlich stark ergriffen hat. Entscheidend hierfür waren neben sozialen und kulturellen Prägungen der jeweiligen Länder auch konkrete tagespolitische und personelle Konstellationen. Die Freidenkerbewegung ist ein Beispiel für die in vielen Lebensbereichen wirksamen Säkularisierungsprozesse des 19. und 20. Jahrhunderts, die in den verschiedenen Teilen des Kontinents unterschiedlich intensiv und auch zeitversetzt einsetzten. Für die Geschichtsschreibung bietet die Freidenkerbewegung ein Lehrstück, wie die Vergangenheit gleichermaßen in ihren nationalen, europäischen und transnationalen Bezügen gedacht und erforscht werden kann. ■

Sebastian Płóciennik (l.), Winfried Jilge

Nationalgeschichte und der neue Nationalismus des 21. Jahrhunderts

Das Deutsche Historische Institut Paris organisierte vom 11. bis 13. April 2018 die internationale Tagung „National History and New Nationalism in the 21st Century“. Ziel war es, aktuelle Probleme der Geschichtsnutzung im Kontext der postmodernen kulturellen und gesellschaftlichen Situation und speziell der Bedeutungszunahme national-historischer Narrative, populistischer Bewegungen und autoritärer Politiken in Europa und der Welt in teils komparativer, teils transregionaler Perspektive zu analysieren. Zur Diskussion standen Geschichtspolitiken, die Grenzen einer *public history*, aber auch ihre Nutzungspotenziale im autoritären Kontext, der generelle Wandel der Funktionalität von Geschichte sowie Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen den „klassischen“ Nationalismen und sogenannten „neonational(istisch)en“ Phänomenen. Die Ausrichtung der Konferenz entsprach einem der Forschungsschwerpunkte des DHI Warschau.

Auf Einladung des DHI Paris wirkten fünf Schwesterinstitute der Max Weber Stiftung als Partner an der Organisation der Konferenz mit: Neben dem DHI Warschau waren dies die Deutschen Historischen Institute Rom und London, das Orient-Institut Istanbul und das Deutsche Institut für Japan-Studien in Tokio. Da das DHI Warschau eine Region vertrat, in der die Problematik der Tagung besonders relevant und aktuell ist, beteiligte es sich in Form einer von ihm organisierten kleinen Sektion zu Ostmitteleuropa: Institutsdirektor Miloš Řezník referierte über die geschichtspolitische Lage in Polen und die dominierenden nationalen Geschichtsnarrative, während Balázs Trencsényi von der Central European University in Budapest über die autoritäre Geschichtspolitik in Ungarn und ihre außenpolitischen Kontexte sprach. Florian Bieber von der Universität Graz thematisierte die jugoslawischen Kriege der 1990er Jahre als Quelle der aktuellen Nationalismen.

Die Tagung bot zahlreiche Anknüpfungspunkte für Diskussionen und erbrachte eine Fülle von Erkenntnissen und vorläufigen Schlussfolgerungen, die zu einem besseren, transregionalen Verständnis des Konferenzgegenstandes beitragen. Geplant ist daher eine Veröffentlichung der Konferenzbeiträge in englischer Sprache. ■

Joachim-Lelewel-Gespräch

100 Jahre Vorläufigkeit – Nicht anerkannte Staaten am Ende des Ersten Weltkriegs und nach dem Kalten Krieg

20. März 2018

Wie wurden Argumente über die Vergänglichkeit von Staaten im Laufe des 20. Jahrhunderts als politische Waffe eingesetzt, um Staaten zu schwächen? Dies war die Ausgangsfrage des 16. Lelewel-Gesprächs am 20. März 2018. Sie wurde exemplarisch an einem der kurzlebigen Staatsgebilde untersucht, von denen es in Ostmitteleuropa zwischen den russischen Revolutionen von 1917 und dem Ende des Ersten Weltkriegs eine ganze Reihe gab: der Weißruthenischen Volksrepublik. In einem zweiten Schritt ging es darum, die Instrumentalisierung von Staatlichkeit im internationalen Spiel der Mächte mit jenen Fällen nicht anerkannter Staaten zu vergleichen, die nach dem Ende des Kalten Krieges auf dem ehemaligen Gebiet der Sowjetunion ausgerufen wurden.

Unter der Leitung von Felix Ackermann (DHI Warschau) verdeutlichten Klaus Richter (Universität Birmingham), Maciej Górny (DHI Warschau / Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften), Per Anders Rudling (Universität Lund / Nationale Universität Singapur) und Łukasz Adamski (Zentrum für Polnisch-Russischen Dialog und Verständigung, Warschau) zunächst die politischen, kulturellen und sozialen Prozesse, die in Ostmitteleuropa am Ende des Ersten Weltkriegs zur Ausrufung neuer Nationalstaaten, aber teilweise eben auch rasch wieder zu deren Zerfall führten. Klaus Richter betonte, dass insbesondere die kleinen Staaten vom Ausland mit mehr oder weniger großer Skepsis betrachtet wurden, da sie als ökonomisch nicht überlebensfähig galten. Per Anders Rudling hob hervor, dass für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit dieser neuen Staaten ausreichend Unterstützung im Inneren unerlässlich war. Die Gründer der Weißruthenischen Volksrepublik waren in dieser Hinsicht wenig erfolgreich, da die Nationalbewegung sich dort erst spät etablieren konnte – im Gegensatz zu den Bolschewiki, die sich letztendlich die Herrschaft über den Osten des heutigen Territoriums der Republik Belarus sichern konnten. Ohne internationale Anerkennung war es in der Gründung befindlichen Staaten wie der Weißruthenischen Volksrepublik kaum möglich zu überleben, allein schon deshalb, weil dadurch ausländische Investitionen ausblieben; auch der strategische Spielraum war begrenzt.

Felix Ackermann, Klaus Richter, Per Anders Rudling, Maciej Górny (v. l.)

Łukasz Adamski stellte den Bezug zu Staatsgründungen des 21. Jahrhunderts her und zeigte auf, wie von Russland unterstützte Staatsformationen wie Transnistrien, Abchasien und Südossetien oder auch die beiden „Volksrepubliken“ im Osten der Ukraine durch unterschiedliche auswärtige Mächte als geopolitische Waffe eingesetzt werden. Gleichzeitig verwies er jedoch auf deutliche Unterschiede in Bezug auf die Rahmenbedingungen der Gründung und den Charakter dieser staatlichen Gebilde, die sich im post-sowjetischen Raum zu *De-facto*-Staaten entwickelt haben.

Das Fazit der Veranstaltung war, dass ausschlaggebend für den mittelfristigen Erfolg einer Staatengründung und ihre internationale Anerkennung nicht nur die Rechtmäßigkeit im Sinne des Völkerrechts ist, sondern auch ein hohes Maß an interner und externer Unterstützung sowie die Fähigkeit der Gründer, ausreichende militärische und ökonomische Kapazitäten für den neuen Staat zu mobilisieren und ihn in der sich im ständigen Wandel begriffenen internationalen Ordnung zu positionieren. ■

Buchvorstellungen

Warum und wie soll man Schulbücher für Geschichte in transnationaler Perspektive schreiben?

Vorstellung des in deutsch-polnischer Zusammenarbeit entstandenen Schulbuchs *Europa – Unsere Geschichte*, Bd. 2: *Neuzeit bis 1815*

Der zweite Band des Schulbuchs *Europa – Unsere Geschichte* erscheint zu einer Zeit, da in Polen wieder grundsätzlich darüber debattiert wird, wie Geschichte an den Schulen unterrichtet werden soll: Was macht „unsere" Geschichte aus und welches Wissen darüber soll vermittelt werden? Was hat die Geschichte der eigenen Nation mit der Europas und der Welt zu tun?

Die Antworten, die das genannte Schulbuch auf solche Fragen zu geben versucht, wurden bei einer Vorstellung des im Herbst 2017 herausgekommenen zweiten Bandes im DHI Warschau am 22. Februar 2018 zur Diskussion gestellt. Nach der Begrüßung durch Institutsdirektor Miloš Řezník und den deutschen Botschafter in Polen Rolf Nikel erläuterten Teilnehmer der Projektgruppe die Leitideen des Bandes und ihre didaktische und mediale Umsetzung.

Der Ko-Vorsitzende des Expertenrats für das deutsch-polnische Projekt „Schulbuch Geschichte" Michael G. Müller und der Ko-Vorsitzende der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission Hans-Jürgen Bömelburg betonten, das Schulbuch *Europa – Unsere Geschichte* wolle keine deutsch-polnische Beziehungsgeschichte schreiben, sondern deutschen und polnischen Schülern transnationale Perspektiven auf die gemeinsame, die europäische und die globale Geschichte anbieten. Eckhardt Fuchs und Igor Kąkolewski als wissenschaftliche Koordinatoren des Projekts illustrierten das Konzept des Schulbuchs an konkreten Beispielen. Sie betonten, dass dessen Multiperspektivität auch beinhalte, kontroverse Darstellungen bestimmter historischer Sachverhalte abzubilden.

Die Vertreter der beiden beteiligten Verlage Frauke Hagemann (Eduversum) und Andrzej Dusiewicz (Wydawnictwa Szkolne i Pedagogiczne WSiP) verdeutlichten den großen Aufwand, den die Umsetzung eines solchen transnationalen Schulbuchprojekts bedeutet. Dieser resultiere nicht nur aus der selbstgewählten Prämisse einer vollständigen Parallelität beider Sprachausgaben, sondern auch aus unterschiedlichen curricularen Vorgaben, interkulturellen Unterschieden und abweichenden oder gar kontroversen Beurteilungen historischer Ereignisse und Personen. Geschichtslehrer in den Reihen des Publikums beklagten aus ihrer praktischen Perspektive, dass die Vorzüge und Innovationen des Lehrwerks – etwa sein außergewöhnlicher Quellenreichtum und die multiperspektivische Darstellung – in der schulischen Realität leider nicht immer genutzt werden könnten. Insgesamt dominierten jedoch klar das Lob für den neuartigen Ansatz des Lehrwerks und die Anerkennung der großen Bedeutung des Projekts nicht nur für die historische Bildung der Schüler, sondern auch für die europäische Erinnerungskultur insgesamt. ■

Michael G. Müller (l.) und Hans-Jürgen Bömelburg

Europa – unsere Geschichte. Hrsg. von der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission in Zusammenarbeit mit dem Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung Braunschweig und dem Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Bd. 2: Neuzeit bis 1815. Wiesbaden: Eduversum; Warszawa: WSiP 2017. 256 S. ISBN 978-3-942708-31-9 (deutsche Ausgabe), 978-83-02-16685-3 (polnische Ausgabe).

Vorstellung der polnischen Ausgabe von Gertrud Pickhans Buch *„Gegen den Strom". Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund „Bund" in Polen 1918–1939*

Gertrud Pickhan legte mit ihrer Habilitationsschrift zum Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund, kurz „Bund", die erste umfassende Studie zur Geschichte dieser jüdischen sozialistischen Partei in der Zwischenkriegszeit vor (Stuttgart/München 2001). 2017 gab das DHI Warschau im Rahmen seiner Reihe *Klio w Niemczech* die polnische Übersetzung der Studie heraus. Bei einer Vorstellung des Buchs im Jüdischen Historischen Institut Warschau am 10. April 2018 diskutierte die Autorin mit anderen Historiker/innen über die Charakteristika des *Bundes* und seine Beziehungen zu den polnischen Sozialisten. Moderiert wurde die Veranstaltung von Joanna Nalewajko-Kulikov (Manteuffel-Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften).

Gertrud Pickhan, Professorin für Geschichte am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, zeigte in ihrem Eingangsstatement auf, wie der im multiethnischen Vilnius gegründete *Bund* die Kultur des Jiddischen förderte und zum zentralen Identifikationspunkt des osteuropäischen jüdischen Proletariats erhob. Mit der Machtübernahme der Bolschewiki in Russland verlagerte sich die Tätigkeit der Partei nach Polen. Hier wurde der *Bund* in den 1930er Jahren zur einflussreichsten politischen Partei unter den polnischen Juden, wofür zum einen sein entschlossener Kampf gegen den Antisemitismus und zum anderen seine positiven Identifikationsangebote an das pauperisierte jüdische Proletariat ausschlaggebend waren. Pickhan, die in den 1990er Jahren das DHI Warschau als wissenschaftliche Mitarbeiterin mit aufbaute und heute Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts ist, schloss ihren Vortrag mit dem Hinweis, dass der bundistische Kampf für eine multikulturelle Gesellschaft in der heutigen Zeit, wo Fremdenhass und die Tendenz zum gesellschaftlichen Ausschluss bestimmter Gruppen sich auch in diesem Teil Europas wieder verstärkten, hochaktuell sei.

In der anschließenden Podiumsdiskussion wies Piotr Kendziorek (Jüdisches Historisches Institut) darauf hin, dass sich in der Forderung nach kultureller Autonomie der Juden die soziale und die nationale Frage verbanden. Martyna Rusiniak-Karwat (Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften) hob hervor, dass der *Bund* mit seinen Jugendorganisationen und Gewerkschaften für viele seiner Mitglieder nicht nur eine politische Organisation, sondern geradezu eine Familie gewesen sei. Das spezielle Ethos der Partei, welches sich aus ihrem Fokus auf Bildung, Sprache und Kultur speiste, erleichterte Pickhan zufolge ihre Anpassung an die veränderten Verhältnisse in der neuen polnischen Republik. Den zentralen Unterschied zu den Parteien der anderen Nationalitäten sah Pickhan in der bundistischen Forderung nach kultureller Autonomie, die auch auf andere Minderheiten angewandt werden konnte. Kamil Piskała (Institut für Geschichte der Universität Łódź) ging u.a. auf das Verhältnis zwischen den polnischen Sozialisten und dem *Bund* ein, das von Misstrauen geprägt gewesen sei. Gleichzeitig jedoch hätten die beiden ideologisch unterschiedlich ausgerichteten Parteien sich im Angesicht der Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland um eine pragmatische Zusammenarbeit bemüht. Jürgen Hensel schließlich – wie Frau Pickhan einer der „Mitarbeiter der ersten Stunde" des DHI Warschau – stellte den fortgesetzten Antisemitismus als prägende Motivation für die bundistische Fokussierung auf die Organisation von Selbstverteidigung heraus.

Ein abschließender Ausblick der Diskutanten förderte ein breites Spektrum an möglichen Themen für künftige Forschungen zutage, darunter etwa die Untersuchung des *Bundes* unter emotionsgeschichtlichem Aspekt oder die genauere Analyse einzelner bundistischer Gruppen aus mikrohistorischer Perspektive. ■

Gertrud Pickhan:
Pod prąd. Powszechny Żydowski Związek Robotniczy Bund w Polsce w latach 1918–1939. Aus dem Dt. von Adam Peszke (= Klio w Niemczech, 22). Warszawa: Neriton 2017. 480 S. ISBN 978-8-3754-3425-5.

Gertrud Pickhan und Piotr Kendziorek

Dienstagsvorträge

30. Januar 2018

Michael G. Müller
Verhandeln über Orthodoxie, Häresie und Synkretismus. Konfessionelle Grenzziehungen in Polen-Litauen und im Heiligen Römischen Reich im 16. Jh.

Wir leben in einer Zeit, in der religiöse Mobilisierung und interkonfessionelle Konflikte wieder zu einer globalen Herausforderung ersten Ranges geworden sind. Diese Tatsache motivierte Michael G. Müller, Professor emeritus für Osteuropäische Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dazu, sich Gedanken darüber zu machen, ob und inwieweit das 16. Jahrhundert mit seinen Glaubenskonflikten einen „fernen Spiegel" (um einen Ausdruck zu gebrauchen, den Barbara Tuchman in Bezug auf das 14. Jahrhundert prägte) der Gegenwart darstellt.

In seinem Vortrag ging Professor Müller, 2017/2018 Fellow des Polish Institute of Advanced Studies der Polnischen Akademie der Wissenschaften, den Ursachen und Umständen der nachreformatorischen Konfessionsbildungen nach. In seiner faktenreichen und zugleich spannenden Darbietung machte er plausibel, dass die konfessionellen Spaltungen des 16. Jahrhunderts keineswegs eine direkte, geschweige denn eine notwendige Konsequenz der theologischen und kirchlichen Konflikte der Reformationszeit waren. Nach Müller resultierten sie vielmehr aus einem Zusammenwirken religiöser und außerreligiöser, vor allem politischer Faktoren. Und die deutsche Variante des Konfessionalismus repräsentierte entgegen einer weit verbreiteten Annahme auch nicht den Idealtypus, sondern nur eine von vielen möglichen Varianten, die sich vor allem in ihren politischen Entstehungsbedingungen unterschieden. Der Frühneuzeithistoriker illustrierte dies anhand eines Vergleichs zwischen dem Heiligen Römischen Reich und der polnischen Rzeczpospolita.

Auf die Leitfrage nach der Autorität weltlicher Machtträger bei der Entscheidung über Einheit oder Spaltung der Bekenntnisse gab Müller die Antwort, dass die Entscheidung über die Definition des Bekenntnisses vor allem eine politische Machtfrage gewesen sei.

Michael G. Müller war von 2002 bis 2009 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des DHI Warschau und von 2003 bis 2008 dessen Vorsitzender. Sein Auftritt bildete den Auftakt einer Reihe von Dienstagsvorträgen, zu denen das DHI anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums einige ehemalige und aktuelle Beiratsmitglieder eingeladen hatte. ■

27. Februar 2018

Christian Lübke
Ein neues Millennium: Der Friede von Bautzen 1018 und seine überregionale Bedeutung

Der breiten Öffentlichkeit und selbst manchem Fachhistoriker ist der Friede von Bautzen, der sich 2018 zum 1000. Male jährt, kaum ein Begriff. Dabei handelt es sich um ein wichtiges Kapitel in der Geschichte der deutsch-polnischen

Beziehungen. Der Leiter des Leipziger Leibniz-Instituts für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) und Mediävist Christian Lübke erläuterte in seinem Vortrag die politischen und dynastischen Zusammenhänge und die komplexe Vorgeschichte des Friedens, den Kaiser Heinrich II. und der Piastenfürst Bolesław Chrobry („der Kühne") am 30. Januar 1018 im Zentralort der slawischen Milzener schlossen.

Der Friede von Bautzen beendete die langjährigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Herrschern in der Region und gab ihnen die Möglichkeit zu neuen Aktivitäten auf anderen Schauplätzen. Neben diesem Motiv spielten, wie Lübke erläuterte, auch dynastische Interessen und Machtkämpfe eine große Rolle. Die komplizierten Beziehungen zwischen Ottonen, Ekkehardinern, Piasten, Přemysliden und den Rurikiden in der Kiever Rus' erläuterte der Vortragende anhand von Primärquellen wie etwa den Chroniken Bischof Thietmars von Merseburg und des Gallus Anonymus.

Neben dem historischen Ereignis und seinem politischen Umfeld thematisierte Lübke auch den Umstand, dass heutzutage auf mittelalterliche Ereignisse wie den Frieden von Bautzen oftmals unsachgemäß moderne Auffassungen von Nationalität angewandt würden. Er machte dies u.a. am Beispiel der Ergebnisse einer eigenen Internetrecherche zu polnischen, deutschen, ukrainischen und russischen Einträgen zum Stichwort „Friede von Bautzen" deutlich. Lübke plädierte für eine Schärfung der Begrifflichkeiten: So habe es sich etwa – entgegen einer verbreiteten populärwissenschaftlichen Darstellung – bei den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Heinrich II. und Bolesław Chrobry keineswegs um einen „deutsch-polnischen Krieg" gehandelt. Zu solchen Geschichtsklitterungen komme es aber selbst in Fällen, in denen wie im Falle der Gnesener Millenniumsbotschaft der Präsidenten sieben europäischer Staaten vom März 2000 ein mittelalterliches Abkommen in guter Absicht zu einem Akt europäischer Integration stilisiert werde.

Auch in der Diskussion mit dem Publikum wurden Aspekte einer unzulässigen Übertragung moderner Begriffe auf historische Vorgänge oder gar einer Instrumentalisierung von Geschichte angesprochen. Zudem kam aus den Reihen der Zuhörer der Hinweis, dass der Dauerkonflikt zwischen Heinrich II. und Bolesław Chrobry auch als Kampf um Handelsrouten und kommerzielle Einflüsse gedeutet werden müsse. Christian Lübke war von 2009 bis 2016 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des DHI Warschau. ■

> «Die konfessionellen Spaltungen des 16. Jahrhunderts resultierten aus einem Zusammenwirken religiöser und außerreligiöser, vor allem politischer Faktoren»
>
> – Michael G. Müller

24. April 2018

Anna Wolff-Powęska
Nationalsozialismus – Kommunismus: Ein Abweichungsprotokoll

Der Zerfall der Sowjetunion, die Überwindung der Teilung Europas und die Systemtransformation in Ostmitteleuropa trugen erheblich dazu bei, dass erneut ein „Kampf" um die Erinnerung entbrannte. Die Aufmerksamkeit von Wissenschaftlern und Politikern richtete sich vor allem auf die Abrechnung mit dem Kommunismus und

die vielfachen Versuche einer Neubewertung des Nationalsozialismus. Ziel des Vortrags der Historikerin und Politologin Anna Wolff-Powęska, emeritierte Professorin der Posener Adam-Mickiewicz-Universität und ehemalige Leiterin des West-Instituts (Instytut Zachodni), war ein Nachdenken über die Sinnhaftigkeit des Vergleichs beider Ideologien und ihrer politischen Systeme sowie über die Folgen einer solchen Gegenüberstellung für die politische Kultur und ihre Funktionen in der aktuellen öffentlichen Debatte.

Zum Ausgangspunkt nahm die Expertin für deutsche Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen, bis 2017 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des DHI Warschau, den deutschen Historikerstreit der späten 1980er Jahre sowie das in den 1990er Jahren herausgegebene *Schwarzbuch des Kommunismus*. Innerhalb der europäischen Geschichtswissenschaft wurden beide Ereignisse zum Gegenstand einer Debatte, die in der heutigen Realität stark an Aktualität gewonnen hat. Frau Wolff-Powęska erläuterte unterschiedliche Argumente, die von Historikern und Politikwissenschaftlern für und gegen die These der Vergleichbarkeit von Nationalsozialismus und Kommunismus vorgebracht worden sind. Dabei hob sie hervor, dass zwar der eine wie der andere eine Reaktion auf Demokratie und Moderne gewesen seien, dass es aber zahlreiche Punkte gebe, in denen sich die beiden Ideologien bzw. die verschiedenen Formen ihrer Umsetzung in die Realität unterschieden. Ein zentraler Punkt des Vortrags war die Frage nach der Singularität des Holocaust. Die Historikerin sah eine solche Einzigartigkeit in der Hinsicht gegeben, als nie zuvor in der Geschichte eine Staatsführung die Ermordung eines ganzen Volkes mit allen Mitteln, soweit es ihr möglich war, in die Tat umgesetzt habe. Die genannten Problemfelder standen auch im Zentrum der anschließenden Diskussion mit dem Publikum. ■

Vortrag

Maciej Górnys Überlegungen zu gesellschaftlich-kulturellen Entwicklungen im Vorfeld der ostmitteleuropäischen Staatsgründungen nach 1918

Vor hundert Jahren entstand in Ostmitteleuropa infolge des Ersten Weltkriegs eine ganze Reihe neuer Nationalstaaten, die an die Stelle der alten multiethnischen Imperien traten. Diese Staatsgründungen, die für die Nationalbewegungen vor dem Krieg noch nicht absehbar gewesen waren, wurden ab 1918 an vielen Schauplätzen Ostmitteleuropas zur Realität. Die Tatsache, dass die Entstehungsgeschichte der neuen Staaten im Rückblick häufig teleologisch gedeutet wird, veranlasste Maciej Górny dazu, über die sozialen und kulturellen Bedingungen dieser Staatsgründungen nachzudenken.

Der wissenschaftliche Mitarbeiter des DHI Warschau und Professor am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften ging in seinem Vortrag „Bevor die Unabhängigkeit ausbrach. Ostmitteleuropa 1914–1918“ am 15. März 2018 am DHI Warschau u.a. auf den Fragenkomplex ethnischer Identitäten und nationaler Affinitäten in den Armeen der Weltkriegsgegner in Ostmitteleuropa ein. Als zentralen Entwicklungsstrang identifizierte er den Zerfall der Armeen entlang ethnischer Trennlinien.

Besonderes Augenmerk richtete Górny überdies auf die zunehmenden sozialen Spannungen innerhalb der Imperien gegen Kriegsende, Spannungen, die sich etwa in Streiks und Gefängnisaufständen entluden. Dabei standen, wie

der Vortragende plausibel machte, nicht immer nationale Zielsetzungen im Vordergrund. Die sozialen Probleme waren von ähnlicher Sprengkraft, so dass die Entwicklung durchaus auch in Richtung einer sozialen Revolution hätte gehen können. Dies nahm Górny als Beispiel für die Kontingenz, die nach seiner Darstellung ein Charakteristikum der damaligen Situation war. Damit suchte er das weitverbreitete Narrativ, die „nationale Lösung“ in Ostmitteleuropa nach Ende des Ersten Weltkriegs sei unausweichlich gewesen, einer kritischen Betrachtung zu unterziehen und die Geschichtsschreibung zu dem Thema aus dem Korsett nationalhistorischer Teleologien zu befreien.

Kontroverse Bewertungen der oben angedeuteten gesellschaftlichen Transformationsprozesse bestimmten die anschließende Diskussion. Thematisiert wurden auch die gegenwärtigen Debatten um die Deutung der polnischen Geschichte und insbesondere der polnischen Staatsgründung 1918 als historische Notwendigkeit oder aber als Zufallsprodukt günstiger Umstände.
Die Veranstaltung war Teil der Reihe „Deutsch-Polnische Wissenschaftliche Begegnungen“, die die Warschauer Abteilung der *Societas Humboldtiana Polonorum* in Kooperation mit der Deutschen Botschaft Warschau, der Warschauer Vertretung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und dem DHI Warschau organisiert. ■

«Die sozialen Probleme innerhalb der kriegführenden Imperien waren von ähnlicher Sprengkraft wie die nationalen»

– Maciej Górny

Filmreihe

Jahr des Protestes. 1968 im europäischen Kino

1968 betrat eine Generation die kulturelle und politische Bühne, für die „Gleichheit“ und „Freiheit“ keine leeren Phrasen waren. Obwohl sich die Forderungen der protestierenden Studenten in Frankreich, Italien und Westdeutschland von den Erwartungen der jungen Leute in Polen und der Tschechoslowakei unterschieden, verband sie doch der Geist des Widerstands und der Unzufriedenheit mit der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Sie sehnten sich nach einem Bruch mit den alten Moralvorstellungen und suchten eine neue Sprache in der Kunst. Was sie unterschied, war die Politik. In Westeuropa begeisterte sich die rebellische Jugend für den Kommunismus, während die aufbegehrenden Bürger Ostmitteleuropas ihn verdammten.

Das Ende der 1960er Jahre verbindet sich nicht nur mit fröhlicher Gegenkultur, Protestsongs und Schlaghosen, sondern auch mit der Erfahrung handfester Gewalt. Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei, die antisemitische Hetze in Polen und die terroristischen Anschläge der Roten Brigaden und der RAF zählen zu den dunklen Seiten jener Jahre. Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen lösten bei den Gruppen, gegen die sie gerichtet waren, Unruhe und Angst aus.

Ein halbes Dutzend europäischer Länder, vertreten durch ihre Kulturinstitute und/oder Botschaften in Polen (das DHI Warschau, die Nationale Filmothek – Audiovisuelles Zentrum, das Institut Français Warschau, das Slowakische Institut Warschau, das Tschechische Zentrum Warschau, das Goethe-Institut Warschau, das Italienische Kulturzentrum und das Marek-Edelmann-Dialog-Zentrum Łódź), präsentierte zwischen dem 23. Februar und dem 18. März 2018 im Warschauer Kino „Iluzjon“ gemeinsam ein Panorama jener Zeit im Spiegel des Spielfilms. Dieses Panorama umfasste auch die Filmkunst selbst, denn das Kino der 1960er Jahre belegt eindrücklich die wichtige, einigende Rolle der Kunst: die Suche nach neuen Ausdrucksformen und mutiger Ästhetik und die Befreiung vom Maulkorb stilistischer Konventionen. Das Jahr 1968 ist ohne die „Neuen Wellen“ im Film nicht zu denken.

Eröffnet wurde die Veranstaltungsreihe, im Rahmen derer zwölf Filme aus sechs Ländern gezeigt wurden, mit einer Podiumsdiskussion und der Vorführung des wohl bekanntesten einheimischen Spielfilms über den März 1968 in Polen: *Marcowe Migdały* (Märzmandeln, PL 1989) von Radosław Piwowarski. In dem von Magdalena Saryusz-Wolska (DHI Warschau / Universität Łódź) moderierten Gespräch diskutierten die beiden Filmwissenschaftler Tadeusz Lubelski (Jagiellonen-Universität Krakau) und Piotr Zwierzchowski (Kazimierz-Wielki-Universität Bydgoszcz) über die Auswirkungen der politischen und gesellschaftlichen Ereignisse im Europa der ausgehenden 1960er Jahre auf die Filmindustrie in den verschiedenen Ländern.

Den Endpunkt der Reihe bildete eine Vorführung des Films *Brandstifter* (BRD 1967), einer Erzählung über den ersten Terroranschlag einiger späterer Mitbegründer der Rote-Armee-Fraktion. Im Anschluss hatte das Publikum Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Regisseur des Films Klaus Lemke, das von der Filmwissenschaftlerin und Germanistin Ewa Fiuk moderiert wurde. Die Filmreihe fand in reduziertem Format im Mai/Juni noch einmal in Łódź statt. ■

Magdalena Saryusz-Wolska, Piotr Zwierzchowski und Tadeusz Lubelski (v. l.)

Sonstiges

Offizielle Eröffnung der Außenstelle des DHI Warschau in Vilnius

Seit Dezember 2017 hat das DHI Warschau eine Außenstelle in Litauens Hauptstadt. Offiziell eröffnet wurde die erste Zweigniederlassung des Instituts am 16. April 2018 mit einem Festakt in der Residenz der Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Litauen. Unter den Gästen waren neben Vertretern der Institutsleitung und Mitarbeitern der Deutschen Botschaft Vilnius u.a. zahlreiche litauische Historiker/innen. Die Grußworte sprachen die deutsche Botschafterin in Litauen Angelika Viets, der Direktor des DHI Warschau Miloš Řezník sowie die Leiterin der Außenstelle Vilnius Gintarė Malinauskaitė.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete ein akademischer Festvortrag von Jörg Baberowski, Professor für Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin, zum Thema „Die russische Revolution und die Ursprünge der souveränen Diktatur". In seinem Vortrag ging der Historiker der Frage nach, ob die bolschewistische Diktatur im Sinne Carl Schmitts eine souveräne Diktatur oder nicht vielmehr eine Tyrannei darstellte. Baberowski konstatierte, dass sich die bolschewistische Diktatur in eine Tyrannei verwandelt habe. Sein Resümee lautete: „In Wahrheit war die Herrschaft der Bolschewiki eine Simulation der souveränen Diktatur, weil sie den Ausnahmezustand selbst herstellte, um Feinde zu identifizieren und auszumerzen und Macht durch Tötungsbereitschaft zu demonstrieren, und weil sie auf den Willen des Volkes und seine Akklamationsleistungen gar nicht angewiesen war."

Die Außenstelle Vilnius des DHI Warschau fördert wissenschaftliche Forschungen zur Geschichte Litauens, zu den litauisch-deutschen historischen Beziehungen sowie zum Geflecht der Beziehungen Litauens zu seinen Nachbarvölkern in Ost(mittel)europa. Darüber hinaus fungiert die Einrichtung als Ausstrahlungsort und Koordinationsstelle für den Forschungstransfer zwischen litauischen und deutschen Historikern, aber auch zu bzw. von Wissenschaftlern aus anderen Ländern.

Eine weitere Außenstelle besteht seit März 2018 in Tschechiens Hauptstadt Prag. Die offizielle Eröffnung findet im Oktober des Jahres statt. ■

Foto links: Jörg Baberowski

Foto rechts: Miloš Řezník, Gintarė Malinauskaitė, Ruth Leiserowitz, Jörg Baberowski (v. l.)

Neuerscheinung

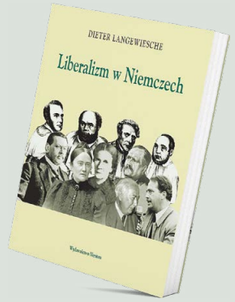
Dieter Langewiesche: *Liberalizm w Niemczech*

Liberalismus ist eine politisch-soziale Ordnungsidee, die die Entstehung der Moderne mitgestaltet hat. Im Zentrum des liberalen Gesellschaftsbildes steht der Staatsbürger als selbstverantwortliches Individuum. Liberal ist eine Gesellschaft, wenn jeder Mensch sozial in der Lage ist, als gleichberechtigter Staatsbürger zu handeln. Liberale Staatsbürgerschaft fußt auf fairer Teilhabe an den Lebenschancen, die die Gesellschaft, in der man lebt, bietet.

Die mit diesem Ideal verbundenen Erwartungen und die Vorstellungen über ihre Verwirklichung haben sich historisch verändert und waren auch unter Liberalen stets umstritten. Deshalb kann die Geschichte des Liberalismus als Idee und als politische Praxis nur als ein permanenter Deutungskampf angemessen verstanden werden. Diese Geschichte verfolgt der Autor über den gesamten Zeitraum vom 19. Jahrhundert bis heute. Geleitet wird er dabei von der Frage, wie sich die Handlungsbedingungen liberaler Politik in den wichtigsten Phasen deutscher und europäischer Geschichte seit dem frühen 19. Jahrhundert verändert haben und was Nation und Nationalstaat für liberale Politik bedeuten.

Die deutsche Originalausgabe von Dieter Langewiesches Buch erschien 1988 unter dem Titel *Liberalismus in Deutschland* in der Edition Suhrkamp.

Zum Autor: Dieter Langewiesche, Prof. em. für Neuere Geschichte an der Universität Tübingen, Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Europäische Geschichte des 19./20. Jahrhunderts, insbesondere Nationsbildung und Krieg, Liberalismus und Bürgertum, Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur, europäische Revolutionen, Universitäts- und Bildungsgeschichte, Geschichtsdenken. ■



Dieter Langewiesche: Liberalizm w Niemczech. Aus dem Dt. von Justyna Górny und Adam Peszke. Warszawa: Neriton 2018. 435 S. (= Klio w Niemczech, 23). ISBN 978-83-660018-02-0.

Termine

Dienstagsvorträge

12. Juni 2018, 18.00 Uhr
DHI Warschau

Prof. Dr. Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Eine unmögliche Mission. Die Reise Karls IV. zur Kaiserkrönung nach Italien 1354/1355 im Spiegel der Briefe des Staatsmannes und Humanisten Niccolò Acciaioli

---

25. September 2018, 18.00 Uhr
DHI Warschau

Prof. Dr. Marcus Köhler (Dresden)
Historische Gärten als deutsch-polnisches Kulturerbe
In Kooperation mit der Deutschen Botschaft Warschau

Joachim-Lelewel-Gespräche

11. Oktober 2018
DHI Warschau

Was wir aus der Geschichte nicht gelernt haben [AT]

Dezember 2018
DHI Warschau

Der Zweite Weltkrieg – ein deutsch-polnischer Forschungsgegenstand?

Tagungen / Workshops

4.–5. Juni 2018
Institut für Archäologie und Ethnologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau

***Res – mobilia.* Gegenstände als Symbole von Status, Macht und Funktion**

6.–8. Juni 2018
Lützen

Schweden in Mitteleuropa. Auswirkungen, Nachwirkungen, Erinnerungen
Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Museum Lützen und der Stiftung Lützenfonden, Göteborg

---

13.–14. Juni 2018
DHI Warschau

Official History in Eastern Europe. Transregional Perspectives
In Zusammenarbeit mit der Universität Genf, dem Forum Transregionale Studien (Berlin), der Deutschen Botschaft und der Schweizer Botschaft Warschau und der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission

---

18.–19. Juni 2018
Stettin

Forschungsstand zur Geschichte der Juden im Osten Preußens
Workshop mit Jörg Hackmann
In Zusammenarbeit mit der Universität Stettin und der Universität Greifswald

---

25.–27. Juni 2018
Kaunas

Hidden Children during the Holocaust – Historical Considerations of a Transnational Phenomenon
Workshop in Zusammenarbeit mit dem International Centre for Litvak Photography

---

29.–30. Juni 2018
Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn

Nation und Gesellschaft
Abschlusskonferenz der Copernicus Graduate School

10.–14. Juli 2018
Budapest

Border-Making and Its Consequences: Interpreting Evidence from the „post-Colonial" and „post-Imperial" 20th Century
2. Weltkongress der Association for Borderlands Studies

13.–14. September 2018
DHI Warschau

Konferenz **„Monetarisierungsmomente und Kommerzialisierungszonen im Ostseeraum 1050–1450"**

9.–10. Oktober 2018
Außenstelle Vilnius des DHI Warschau

Workshop **„Incubators of Modernity. Liminal spaces between informal practices and state action"**
In Zusammenarbeit mit dem Historischen Institut der Litauischen Akademie der Wissenschaften und dem Laboratory of Critical Urbanism, Vilnius

---

11.–13. Oktober 2018
DHI Warschau

Jahreskonferenz **„Jubiläen des Jahres 1918 im mitteleuropäischen Kontext"** [AT] und **Arbeitssitzung der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission**

---

12. Oktober 2018
Erich-Mendelsohn-Festival Allenstein

Panel **„Die Angliederung polnischer Gebiete an Ostpreußen 1939"**

Oktober 2018
DHI Warschau

Workshop **„Eigentum im Zeitalter der Weltkriege. Lokale und regionale Perspektiven in Ostmitteleuropa"** [AT]

6.–8. November 2018
Außenstelle Vilnius des DHI Warschau

Workshop **„Jüdische Regionen in Ostmitteleuropa"** [AT]
In Zusammenarbeit mit der Jagiellonen-Universität Krakau und der Universität Warschau

---

7.–9. November 2018
Polanica Zdrój

Idealisierung der Berge (6. Jahrestagung „Berge – Literatur – Kultur")
In Zusammenarbeit mit der Universität Breslau und dem GWZO Leipzig

---

22.–23. November 2018
DHI Warschau

Konferenz **„Manövrierräume im Staatssozialismus"**
In Zusammenarbeit mit den Universitäten Siegen und Warschau

22.–23. November 2018
Universität Łódź

Tagung **„Es begann in Wien. Otto Forst de Battaglia, Oskar Halecki und die Mitteleuropa-Idee"**
In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kulturforum Warschau und der Universität Łódź

6.–9. Dezember 2018
Jahrestagung 2018 der ASEEES, Boston

DHI-Panel „History in Tourism – Tourism in History. Performative Perspectives on Touristic Interactions" (gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften) sowie **DHI-Panel „Creating Regions: Case Studies of Lower Lusatia, Royal Prussia, and the Grand Duchy of Lithuania from the 17th to the 20th Century"**

Buchvorstellung

2. Oktober 2018, 11.00 Uhr

Polnische Ausgabe von Hans-Christian Dahlmann, *Antisemitismus in Polen 1968. Interaktionen zwischen Partei und Gesellschaft*
im: Jüdischen Historischen Institut Warschau

Sonstiges

1. Oktober 2018

Offizielle Eröffnung der DHI-Außenstelle Prag mit Festvortrag (N.N.)

Deutsch-Polnische Wissenschaftsbegegnungen (Humboldtiana)
21. Juni 2018, Claus Leggewie
18. Oktober 2018, Andrzej Udalski
6. Dezember 2018, Christiane Nüsslein-Volhard

Änderungen vorbehalten. Mehr zu den einzelnen Veranstaltungen siehe unter: **www.dhi.waw.pl/veranstaltungen/**

Impressum

Herausgeber:
Deutsches Historisches Institut Warschau

Redaktion:
Dr. Andrea Huterer und Kinga Wołoszyn-Kowanda

Redaktionsschluss: 30.5.2018

Grafische Gestaltung: Marta Warmińska

Umschlaggestaltung nach einer Vorlage von Lech Rowiński, beton

Deutsches Historisches Institut Warschau
Pałac Karnickich
Aleje Ujazdowskie 39
00-540 Warszawa

Tel.: +48-22-525 83-00
Fax: +48-22-525 83-37
E-mail: dhi@dhi.waw.pl
www.dhi.waw.pl/de/

Öffnungszeiten der Bibliothek:
Montag, Dienstag, Donnerstag: 10.00–17.00 Uhr
Mittwoch: 10.00–18.00 Uhr
Freitag: 10.00–14.00 Uhr

www.dhi.waw.pl
www.facebook.com/DHIWarschau/

Das Copyright für alle Abbildungen im vorliegenden Newsletter liegt beim DHI Warschau. Ausnahmen sind separat gekennzeichnet.

25 Jahre / lat
DHI Warschau
NIH w Warszawie

Deutsches Historisches Institut Warschau
Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie

Max Weber Stiftung
Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland